

Hinweis: Die Bestimmungen der Anlage KreisJobCenter werden erst durch Zuschlag des Auftraggebers wirksam.

§ 1 Allgemeine Bedingungen

Bestandteil dieses Vertrages sind – bei Widersprüchen – in der nachgenannten Reihen- und Rangfolge:

Maßnahmebeschreibung unter B. und dem Leistungsverzeichnis (Anlage D) des Auftraggebers

Maßnahmekonzept sowie die beigefügten Leistungsangaben des Auftragnehmers und

die im Frage-Antwort-Forum der eVergabe-Plattform während der Angebotsfrist erörterten Beiträge.

Der Auftragnehmer hat bereits mit Angebotsabgabe eine Ansprechperson zu benennen und die Erreichbarkeit während der gesamten Maßnahmedauer sicherzustellen. Der/die Auftragnehmer/in hat die geschuldete Leistung in einer hohen Qualität sicherzustellen und frei von Rechten Dritter zu erbringen. Er/sie stellt den Auftraggeber von Schadensersatzansprüchen Dritter frei. Die Abgabe von Nebenangeboten ist ausgeschlossen. Die Beauftragung von Nach-/ Subunternehmen ist ausgeschlossen. Die individuelle Zuweisungsdauer der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten darf nicht über das Ende der Beauftragung bzw. der Vertragslaufzeit hinausgehen.

§ 2 Personal

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieser Maßnahme ist fachlich qualifiziertes und geeignetes Personal. Der Personaleinsatz muss quantitativ und qualitativ den Anforderungen aus der Leistungsbeschreibung entsprechen. Die Arbeitsbedingungen des Personals müssen den arbeitsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich, bei der Leistungserbringung überwiegend fest angestelltes Personal einzusetzen und dies gegenüber dem zuweisenden Auftraggeber nachzuweisen.

Bei der konkreten Maßnahmedurchführung erwartet der Auftraggeber bezogen auf die Zielgruppe von dem/der potentiellen Auftragnehmenden, dass das eingesetzte Personal über fundierte Ausbildungen mit Abschluss verfügt. Darunter fallen zum Beispiel Diplom-Sozialarbeiter, Diplom Sozialpädagogen, Diplom Psychologen und Personen mit mindestens gleichwertigem Abschluss. Jeder Mitarbeiterwechsel ist dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen.

Bei der Auswahl des Personals sollte darüber hinaus insbesondere auf personelle und soziale Kompetenzen (z.B. Motivationsfähigkeit, Kontaktfreude, Kreativität, Humor und Teamfähigkeit) geachtet werden. Da sich unter den Teilnehmenden Jugendliche befinden können, ist die persönliche Eignung des/der Bieters/Bieterin und seiner/ihrer mit der Maßnahme betrauten Mitarbeitenden im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bei der Angebotsabgabe zuzusichern und gegebenenfalls auf Anforderung nachzuweisen. Persönlich nicht geeignet ist insbesondere, wer wiederholt oder schwer gegen das BBiG oder die aufgrund des Gesetzes erlassenen Vorschriften und Bestimmungen verstoßen hat. Durch die Abgabe des Angebotes wird seitens des/der Bietenden zugesichert, dass die Eignung im Sinne des BBiG bei ihm/ihr und den mit der Maßnahme betrauten Mitarbeitenden vorliegt.

Das während der Maßnahme eingesetzte Personal muss in der Lage sein, die Personen, die an der Maßnahme teilnehmen, über die sozialleistungsrechtlichen Auswirkungen der Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit zu informieren. Hierzu sollten die während der Maßnahme eingesetzten Mitarbeitenden des Auftragnehmers/ der Auftragnehmerin über Grundkenntnisse der Vorschriften über das Bürgergeld, den Unterhaltsvorschuss, das Wohngeld und den Kinderzuschlag verfügen. Für die diesbezügliche Qualifizierung des Personals bietet der Auftraggeber in jedem Quartal eine zweistündige Schulung an und stellt Materialien zum Selbststudium zur Verfügung. Zur Sicherstellung der Beratungsqualität muss das während der Maßnahme eingesetzte Personal einmal im Kalenderjahr einen von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten computergestützten Multiple-Choice-Test zu dem vorgenannten Themenkomplex absolvieren. Der Test ist so aufgebaut, dass er innerhalb einer halben Stunde durchlaufen werden kann; der Auftragnehmer/ die Auftragnehmerin reicht dem Auftraggeber kalenderjährlich für jeden Mitarbeitenden einen Nachweis über die Durchführung des Tests ein.

Das für die Durchführung der Maßnahme erforderliche Personal ist im entsprechenden Umfang ab Maßnahmebeginn vorzuhalten. Dem/der Auftragnehmer/in wird die Möglichkeit eingeräumt, außerhalb der Maßnahme für andere als von dem Auftraggeber zugewiesene Teilnehmende tätig zu sein. Für andere als vom Auftraggeber zugewiesene Teilnehmende entstehende Kosten werden nicht erstattet. Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich jedoch, die von ihm/ihr zur Durchführung der Maßnahme angegebene Personalkapazität gemäß dem Angebot ausschließlich für die Leistungserbringung einzusetzen. Die angebotenen Personalkapazitäten dürfen durch andere Tätigkeiten des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin nicht eingeschränkt werden. Zur Sicherstellung der Auslastung hat der Auftraggeber auf eine kontinuierliche Zuweisung teilnehmender Personen während der Maßnahmedauer zu achten.

§ 2a Vertretungsregelung

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jede Arbeitsverhinderung, sowie die voraussichtliche Dauer der Verhinderung unverzüglich mitzuteilen. Bei einer Verhinderung der Erbringung der geschuldeten Leistung von bis zu vier Tagen aufgrund eines Urlaubs- oder Krankheitsfalles muss sich der Auftragnehmer um eine Vertretung bemühen. Bei einer Verhinderung von mehr als vier Tagen aufgrund eines Urlaubs- oder Krankheitsfalles muss eine Vertretungskraft zur Sicherstellung der Erbringung der geschuldeten Leistung gestellt werden. Kommt eine Vertretung nicht zustande, behält sich der Auftraggeber vor, einen Teil der monatlichen Pauschalvergütung anteilig zu kürzen.

§ 2b Nachweis des eingesetzten Personals

Nach Zuschlagserteilung ist der Personaleinsatz gegenüber dem Auftraggeber, Fachbereich Integration und Arbeit, KreisJobCenter, Fachdienst Planung und Controlling, durch eine tabellarische Übersicht im Vordruck „Erhebungsbogen“ vor Maßnahmebeginn nachzuweisen. Der Vordruck wird dem Auftragnehmer zeitgleich mit Zuschlagserteilung per Post zugesandt oder elektronisch übermittelt. Bei Personaländerungen, z. B. einem Personalwechsel oder einer Änderung/ neuen Verteilung der Arbeitszeit bzw. Wochenstunden, der in der Maßnahme eingesetzten Mitarbeitenden, hat der Auftraggeber die Angaben im Erhebungsbogen unverzüglich anzupassen und unaufgefordert beim Auftraggeber, Fachbereich Integration und Arbeit, KreisJobCenter, Fachdienst Planung und Controlling, vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Einsatz des Personals abzulehnen, sofern hinsichtlich der Eignung Bedenken bestehen. Dies gilt auch für Personaländerungen während des Vertragszeitraums. Der Auftraggeber behält sich weiterhin vor, während der Vertragslaufzeit ohne Vorankündigung jederzeit die Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen und die Einsicht in Arbeitsverträge, Qualifikationsnachweise und Zeugnisse vorzunehmen. Hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit der Einsichtnahme hat der Auftragnehmer ggf. die Einwilligung des eingesetzten Personals einzuholen.

§ 3 Zuweisung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) werden dem/der Auftragnehmer/in mit Verpflichtung zur Durchführung der angebotenen Leistung ausschließlich durch das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf zugewiesen. Nach den Regelungen der §§ 31 und 32 SGB II können für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften im Rahmen der Durchführung des § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 74 ff. SGB III leistungsrechtliche Konsequenzen eintreten.

Das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf - hier das zuständige Fallmanagement - ist deshalb unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn:

- unentschuldigte Fehlzeiten vorliegen,
- das Erreichen des Maßnahmeziels gefährdet ist,
- Anhaltspunkte für einen drohenden Abbruch vorliegen.

Über die vorzeitige Beendigung entscheidet das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf. Dies gilt auch für eLb, die durch ihr Verhalten den Ablauf beziehungsweise den Erfolg der Maßnahme gefährden oder nicht an der vereinbarten Maßnahme teilnehmen. In solchen Fällen ist das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf unverzüglich zu informieren.

§ 4 Dokumentationspflichten des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin

Der Auftraggeber behält sich vor, während der laufenden Maßnahme unter Berücksichtigung einer angemessenen Frist, Zwischenberichte vom/von der Auftragnehmer/in anzufordern. Inhaltlich sollen diese Berichte ähnlich dem Abschlussbericht aufgebaut sein.

2 Wochen nach Ablauf des Auftrags ist dem KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf, Fachdienst Planung und Controlling, ein Abschlussbericht über die gesamte Durchführung und das Gesamtergebnis der Beauftragung vorzulegen. Dabei sind zwingend alle zugewiesenen Teilnehmenden aufzuführen, die erfolgten Unterstützungsleistungen im Einzelfall darzulegen und der Verbleib der zugewiesenen Teilnehmenden zu dokumentieren.

Die teilnehmerbezogenen Berichte sind in elektronischer Form zu übermitteln

Zur Herstellung der arbeitsmarktstatistischen Transparenz nach § 51b SGB II verpflichtet sich der/die Auftragnehmer/in, für jede Person, die der Maßnahme zugewiesen wird und für jede Person, die aus der Maßnahme ausscheidet, den vom KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf vorgegebenen Vordruck zum Maßnahmeergebnis auszufüllen. Der Vordruck wird dem/der Auftragnehmer/in nach Zuschlagserteilung zugesandt und ist spätestens 2 Wochen nach Maßnahmeaustritt des/der Teilnehmenden dem KreisJobCenter, dem zuständigen Fallmanager, zu übermitteln.

§ 5 Maßnahmebezogene Regelung

Zu den vertraglichen Verpflichtungen gehören erforderliche Räumlichkeiten, Unterrichtsräume, Besprechungsräume und Sozialräume. Diese sind in ausreichender Zahl und Größe bezogen auf die Teilnehmerzahl vorzuhalten. Unterrichtsräume sind Gruppenräume, in denen die theoretischen Lerninhalte vermittelt werden oder EDV-Unterweisungen durchgeführt werden. Sie verfügen über eine zeitgerechte Ausstattung. Dabei sind geeignete Medien, insbesondere Beamer oder Overheadprojektor, Flipchart oder Wandtafel, Lernsoftware, zur Unterstützung der zu vermittelnden Inhalte vorzuhalten und einzusetzen. Diese müssen einen engen Bezug zur jeweiligen Zielsetzung der Maßnahme haben und die Lernfähigkeit angemessen berücksichtigen.

Ein barrierefreier Zugang für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen inklusive barrierefreier Toiletten wird verbindlich vorausgesetzt.

Verfügt ein Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht über Räumlichkeiten an den Maßnahmeort, sind Angebote von möglichen Räumlichkeiten zur Durchführung der Maßnahme dem Angebot beizufügen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Räumlichkeiten vier Wochen vor Maßnahmebeginn zu besichtigen.

§ 6 Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen bei der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen

(1) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin erteilt dem Auftraggeber die zur Information über den jeweiligen Kenntnisstand – auch einzelner Teilnehmer – erbetenen Auskünfte ohne schuldhaftes Zögern. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin verpflichtet sich, mit dem Auftraggeber zusammenzuarbeiten, insbesondere den jeweiligen Ansprechpartner unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge zu informieren und sämtliche in diesem Zusammenhang relevanten Unterlagen (Nachweise) unverzüglich an den Auftraggeber zu übersenden.

(2) Die Mitwirkungspflicht des Auftragnehmers umfasst ferner insbesondere:

- Änderungen der fachlichen Leistungserbringung,
- Anwesenheitszeiten der Teilnehmer,
- Fehlzeiten von Teilnehmern wegen Krankheit sowie aus sonstigen Gründen,
- Unzureichende Mitwirkung und Schlechtleistung von Teilnehmern,
- Tatsachen im Sinne des § 61 Abs. 1 SGB II, die Aufschluss darüber geben können, ob und inwieweit Leistungen zu Unrecht erbracht worden sind oder werden, insbesondere Hinweise auf möglichen Leistungsmissbrauch durch Teilnehmer.

(3) Ein Verstoß des Auftragnehmers gegen die Mitteilungspflicht kann unter den Voraussetzungen des § 63 SGB II vom Auftraggeber geahndet werden. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer bleiben unberührt.

(4) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin und die mit der Maßnahme betrauten Mitarbeiter oder dritten Personen (z. B. „freie Mitarbeiter“) haben zum Schutze von Kindern und Jugendlichen die Vorgaben des § 8b SGB VIII und des § 4 KKG entsprechend anzuwenden und zu beachten. Werden gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin bzw. die mit der Maßnahme betrauten Mitarbeiter oder dritten Personen

- die Beratung durch das Jugendamt in Anspruch zu nehmen, um das Gefährdungsrisiko abzuschätzen,
- ggf. mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation zu erörtern und
- soweit erforderlich bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinzuwirken.

Die vorgenannten Pflichten des Auftragnehmers bestehen unter der Bedingung, dass etwa durch die Einwirkung auf den Personensorgeberechtigten der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat zur Erfüllung der in Satz 2 genannten Pflichten die erforderlichen Daten an das Jugendamt zu übermitteln und die Daten im gebotenen Umfang zu pseudonymisieren (vgl. § 4 Abs. 1 und Abs. 2 KKG).

§ 7 Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz (§§ 67ff. SGB X) und die Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten. Insbesondere darf Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin übermittelte oder erhobene Daten der Teilnehmer nur zur Erfüllung der in diesem Vertrag genannten Pflichten nutzen. Jede Verwendung dieser Daten zu anderen, insbesondere gewerblichen Zwecken ist unzulässig. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin sichert zu, die verarbeiteten und erhobenen Daten von seinem sonstigen Datenbestand zu trennen.

(2) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin verpflichtet sich, den Auftrag sowie sämtliche ihm hierdurch zur Kenntnis gelangten internen Angelegenheiten, Unterlagen und Informationen sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsangelegenheiten des Auftraggebers auch nach Beendigung dieses Vertrages vertraulich zu behandeln.

(3) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat ferner die mit der Ausführung beauftragten Personen gemäß Art. 32 Abs. 4 DSGVO auf die Wahrung der Vertraulichkeit zu verpflichten, dies gilt auch für freie Mitarbeiter. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin ist nach Maßgabe der folgenden Absätze auch selbst zur Einhaltung der Regelungen des Art. 32 DSGVO verpflichtet. Die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen ist vom Auftragnehmer zu prüfen und zu kontrollieren.

(4) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin übermittelt die für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen („integrationsrelevanten“) Daten an den Auftraggeber. Die Teilnehmer sind darüber zu informieren, dass für die Eingliederung oder die Gewährung von Leistungen notwendige Daten (z. B. Kontaktdaten, Anwesenheits-/Fehlzeiten, Verhalten und Leistung während der Maßnahme) im erforderlichen Umfang an den Auftraggeber

weitergeleitet werden. Die Übermittlung von zusätzlichen Daten bzw. Gesundheitsdaten und anderen Daten im Sinne der Art. 9, 10 DSGVO („besondere Kategorien“, „sonstige personenbezogene Daten“) und die Übermittlung von Teilnehmerdaten an Dritte bedürfen hingegen der vorherigen Einwilligung des Teilnehmers. Bei der Information der Teilnehmer hat Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hinreichend deutlich zwischen verbindlichen Sozialdaten (und deren Übermittlung an den Auftraggeber) sowie zwischen sonstigen Daten des Teilnehmers zu differenzieren.

Sofern Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin eine freiwillige Einverständniserklärung vorlegt, ist der Teilnehmer darüber zu informieren, dass sich diese Freiwilligkeit lediglich auf sonstige personenbezogene Daten bzw. die Übermittlung an Dritte bezieht und die Erhebung, Speicherung, Nutzung, Übermittlung und sonstige Verarbeitung der erforderlichen Sozialdaten hingegen nicht vom Einverständnis der Teilnehmer abhängig ist und die Verpflichtung des Teilnehmers zur ordnungsgemäßen Teilnahme an der Maßnahme (§ 2 Abs. 1 SGB II) unberührt bleibt. Der Teilnehmer ist grundsätzlich auch im Falle der Nicht-Erteilung oder wegen des Widerrufs der freiwilligen Einwilligungserklärung in die Maßnahme aufzunehmen bzw. weiterhin im Rahmen der Maßnahme zu betreuen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Wahrung des Sozialdatenschutzes nähere Vorgaben zu machen bzw. ein Informations-/Hinweisblatt sowie das Muster einer Einwilligungserklärung zur Weitergabe an die Teilnehmer zu erstellen. Den Teilnehmern ist auf Verlangen Einsicht in alle sie betreffenden Unterlagen zu gewähren. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass die Rechte der Teilnehmer auf Auskunft, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von Sozialdaten gewahrt werden.

(5) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutze von personenbezogenen und Sozialdaten zu treffen (Art. 32 Abs. 1 DSGVO). Hierzu zählen insbesondere folgende Maßnahmen und Vorkehrungen:

- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin darf personenbezogene Daten und Sozialdaten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat personenbezogene Daten und Sozialdaten zu berichtigen, in der Verarbeitung einzuschränken oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.
- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist. Entsprechende Räumlichkeiten sind im Regelfall abgeschlossen; die Vergabe von Schlüsseln wird fortlaufend dokumentiert und kontrolliert.
- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können. Personenbezogene Daten und Sozialdaten sind vor unbefugten Zugriffen Dritter sowie vor Computerviren etc. zu schützen.
- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin stellt sicher, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungssysteme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Auf Daten von Teilnehmern und Beschäftigten des Auftraggebers dürfen nur die mit der Durchführung des vorliegenden Auftrags (Maßnahme) betraute Mitarbeiter des Auftragnehmers Zugriff haben.
- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin sichert zu, dass in der Kommunikation mit dem Auftraggeber sowie mit Subunternehmern/Unterauftragnehmern personenbezogene Daten und Sozialdaten nur schriftlich oder mittels vom Auftraggeber freigegebenen Kommunikationswegen übermittelt werden.
- Auch bei der Beauftragung von Subunternehmern/Unterauftragnehmern ist Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin jederzeit in der Lage, dem Auftraggeber nachzuweisen, welche Daten der Teilnehmer oder der Beschäftigten des Auftraggebers an den Subunternehmer/Unterauftragnehmern übermittelt worden sind. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin kontrolliert auch im Übrigen – unbeschadet seiner fortbestehenden vertraglichen Haftung gegenüber dem Auftraggeber – bei Subunternehmern/Unterauftragnehmern, ob der Schutz der ihm anvertrauten Daten der Teilnehmer und der Beschäftigten des Auftraggebers in gleicher Weise gewährleistet ist.

- Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat den Auftraggeber unverzüglich (innerhalb von 48 Stunden) über Datenschutzverstöße, die bei ihm selbst oder bei seinen Nachauftragnehmern/ Subunternehmern eingetreten sind, zu informieren (Art. 33 DSGVO, § 83a SGB X). Datenschutzverstöße liegen auch vor, soweit personenbezogene Daten oder Sozialdaten unrechtmäßig übermittelt wurden oder auf sonstige Weise Dritten unrechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind (z. B. durch Diebstahl von Hardware, Verlust eines Datenträgers).
- Soweit Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin die Voraussetzungen des § 38 BDSG erfüllt, ist ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter zu bestellen; die Kontaktdaten sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

(6) Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin räumt dem Auftraggeber sowie Aufsichts- und Prüfbehörden des Auftraggebers das Recht ein, Auskünfte bei ihm einzuholen, während der Betriebs- und Geschäftszeiten seine Grundstücke oder Geschäftsräume zu betreten und dort Besichtigungen und Prüfungen vorzunehmen und geschäftliche Unterlagen und Datenverarbeitungsprogramme einzusehen, soweit dies im Rahmen der Vereinbarung für die Überwachung des Datenschutzes erforderlich ist.

(7) Zuwiderhandlungen berechtigen den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin stellt den Auftraggeber hinsichtlich vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Datenschutzverstöße von allen Ansprüchen Dritter frei.

(8) Sofern keine haushalts- oder zuwendungsrechtlichen Vorgaben die zwingende längere Aufbewahrung von Sozialdaten der Teilnehmer oder sonstiger Daten zu Nachweiszwecken erfordern, ist Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin verpflichtet, die erhobenen und verarbeiteten Daten noch zwei Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses zur Verwendung durch den Auftraggeber vorzuhalten, sie sodann jedoch aus seinen Systemen zu löschen. Die Löschung ist auf Verlangen nachzuweisen. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin stellt den Auftraggeber auch insoweit hinsichtlich vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Datenschutzverstöße von allen Ansprüchen Dritter frei.

§ 8 Vergütung

Der/die Auftragnehmer/in erhält für jeden vom KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf zugewiesenen eLb eine monatliche Pauschalvergütung, mit der alle entstehenden Kosten abgedeckt sind. Eine Erhöhung dieses Preises ist für die Dauer dieser Vereinbarung ausgeschlossen. Der verbindliche Gesamtpreis - gegebenenfalls mit Mehrwertsteuer - ist anzugeben.

§ 9 Rechnungslegung

Der Auftragnehmer/ die Auftragnehmerin wird im Rahmen der Maßnahme für eine nachweislich erbrachte und zu dokumentierende Leistung vergütet. Die Zahlungen werden monatlich auf Rechnungslegung und Nachweisführung des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin auf das von ihm/ihr zu benennende Konto gezahlt. Dabei ist eine Teilnehmerliste vom/von der Auftragnehmer/in zu führen und dem KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf vorzulegen.

Diese Teilnehmerliste wird dem/der jeweiligen Auftragnehmer/in nach Zuschlag zur Verfügung gestellt.

§ 10 Umsatzsteuerliche Regelungen

Bei der ausgeschriebenen Leistung handelt es sich um eine Arbeitsmarktdienstleistung, bei der die Voraussetzungen des § 4 Nr. 15b Umsatzsteuergesetz (UStG) vorliegen und somit eine Steuerbefreiung besteht. Der Auftraggeber akzeptiert von Auftragnehmern ausschließlich Nettopreise ohne Umsatzsteuerangabe. Angebote mit Umsatzsteuerangabe werden von dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

§ 4 Nr. 15b Umsatzsteuergesetz (UStG)

Die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung von Arbeitsmarktdienstleistungen nach dem SGB II und SGB III regelt § 4 Nr. 15b UStG. Umsatzsteuerfrei sind danach, „Eingliederungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen der aktiven Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und vergleichbare Leistungen, die von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen Einrichtungen mit sozialem Charakter erbracht werden. Andere Einrichtungen mit sozialem Charakter im Sinne dieser Vorschrift sind Einrichtungen,

- a) die nach § 178 des SGB III zugelassen sind,
- b) die für ihre Leistungen nach Satz 1 Verträge mit den gesetzlichen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch geschlossen haben oder
- c) die für Leistungen, die denen nach Satz 1 vergleichbar sind, Verträge mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die diese Leistungen mit dem Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt durchführen, geschlossen haben."

(§ 4 Nr. 15b UStG in der Fassung vom 25.07.2015) § 4 Nr. 21 Buchst. a UStG

Abschnitt 4.21.2 Abs. 3 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) vom 01.10.2010 (BStBl I S. 846) in der konsolidierten Fassung (Stand 04.10.2016) führt zu den Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a des UStG aus:

„Die Vorbereitung auf einen Beruf umfasst die berufliche Ausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung; die Dauer der jeweiligen Maßnahme ist unerheblich (vgl. Art. 44 der MwStVO). Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Sinne von § 45 SGB III mit Ausnahme von § 45 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 7 SGB III, Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen der §§ 179, 180 SGB III, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich der Berufsvorbereitung und der blindentechnischen und vergleichbaren speziellen Grundausbildung zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung) im Sinne von § 112 SGB III sowie berufsvorbereitende, berufsbegleitende bzw. außerbetriebliche Maßnahmen nach §§ 48, 130 SGB III, §§ 51, 53 SGB III, §§ 75, 76 SGB III bzw. § 49 SGB III, die von der BA und — über § 16 SGB II — den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II gefördert werden. Mit ihrer Durchführung beauftragen die BA und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II in manchen Fällen gewerbliche Unternehmen oder andere Einrichtungen, z.B. Berufsverbände, Kammern, Schulen, anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen, die über geeignete Ausbildungsstätten verfügen. Es ist davon auszugehen, dass die genannten Unternehmen und andere Einrichtungen die von der BA und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II geförderten Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Rahmen einer berufsbildenden Einrichtung im Sinne des § 4 Nr. 21 Buchstabe a UStG erbringen."

§ 11 Aufsichts- und Prüfrechte

Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich, dem Auftraggeber, Mitgliedern einer Rechnungsprüfung sowie Datenschutzbeauftragten alle zur Qualitäts- und Güterprüfung erforderlichen Auskünfte unverzüglich zu erteilen, unverzüglich Einsicht in alle die Maßnahme betreffenden Unterlagen zu gewähren und während der Geschäfts- und Unterrichtszeiten Zutritt zu Grundstücken, Geschäfts- und Unterrichtsräumen uneingeschränkt zu gestatten. Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich weiterhin, den Vorgenannten die Überprüfung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften uneingeschränkt zu ermöglichen sowie uneingeschränkt Einsicht in gespeicherten Daten und Datenverarbeitungsprogramme zu gewähren. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen. Dies gilt insbesondere auch für den vor Beginn oder während der Maßnahme aus sachlichen Gründen geforderten Austausch von Personal.

§ 12 Qualitätssicherung und Evaluation

Der/die Auftragnehmer/in wirkt kostenfrei an Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Evaluierung der Maßnahmewirkungen bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit.

§ 13 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der/die Auftragnehmer/in ist verpflichtet, über alle Maßnahmen aus dieser Vereinbarung Stillschweigen zu wahren. Eventuelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bedarf daher der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Ein Verstoß hiergegen führt zu einer fristlosen Kündigung der Vereinbarung.

- Gleichzeitig sichert der Bietende mit Angebotsabgabe zu, bei einem möglichen Zuschlag in Rücksprache mit dem KreisJobCenter einen professionell gedruckten Flyer für die arbeitsmarktpolitische Maßnahme zu erstellen und sie dem Fallmanagement und sowie den beschriebenen Zielgruppen zur Verfügung zu stellen. Der Flyer soll einen QR-Code beinhalten, der zur Beschreibung der Maßnahme inkl. Werbevideo (siehe unten) auf die Homepage des Bieters führt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit Beginn der Maßnahme dem KreisJobCenter den zuvor genannten Flyer in einer Auflage von 250 Exemplaren zur Verfügung zu stellen. Nach Ablauf von jeweils sechs Monaten sind dem KreisJobCenter nochmals Flyer in einer Auflage von 250 Exemplaren zur Verfügung zu stellen. Weiterhin hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber das jeweils aktuelle Exemplar des Flyers in elektronischer Form, (PDF-Format) zur Verfügung zu stellen.
- Erstellung eines Werbevideos: Der Auftragnehmer erstellt in Absprache mit dem Auftraggeber ein Werbevideo für die Maßnahme. Hierbei soll die Dauer des Videos 5 Minuten nicht übersteigen. Ziel des Videos ist es, im Vorfeld der Maßnahmezuweisung die Bereitschaft der Teilnehmenden an einer Mitarbeit in der Maßnahme zu fördern. Das Werbevideo ist einem QR-Code zuzuordnen. Das Werbevideo soll den Interessenten der Maßnahme auf unterschiedlichen Kanälen (Homepage, YouTube, Facebook, Instagram, Flyer, Einladungsschreiben, etc.) mit den jeweils geltenden Anforderungen zur Verfügung stehen. In Einzelfällen wird der Fachbereich InA-KreisJobCenter in Absprache mit Auftragnehmern Werbevideos für einzelne Maßnahmen selbst produzieren. Der Auftragnehmer erklärt sich damit einverstanden, sollte der Fachbereich InA-KreisJobCenter diese Maßnahme hierfür auswählen. Der Auftragnehmer räumt dem Landkreis Marburg-Biedenkopf die zeitlich und örtlich unbeschränkten Nutzungsrechte an allem produzierten Material ein. Dies beinhaltet ausdrücklich auch die Nutzung in Online Medien (Internet, soziale Netzwerke und Plattformen). Der Auftragnehmer garantiert, dass alle Aufnahmen und Produktionsschritte im Einklang mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (hier insbesondere §§ 22 & 23 Kunsturheberrechtsgesetz), der DSGVO etc. stehen.

§ 14 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle sich aus dem Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Streitigkeiten ist Marburg.

§ 15 Kündigungsregelung

Diese Vereinbarung kann jederzeit mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt werden. Bei Kündigung aus wichtigem Grunde hat der/die Auftragnehmer/in keine Ersatzansprüche gegen den Auftraggeber. Wichtige Gründe sind insbesondere der Verstoß gegen die vereinbarten Pflichten trotz Abmahnung, nachweislich schwere Verfehlungen (z.B. Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), die nicht ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf die Zuverlässigkeit, Fachkunde und Leistungsfähigkeit sowie maßgebliche Veränderungen in der Höhe der Zuweisungsmittel seitens des Bundes oder des Landes. Der Auftraggeber ist berechtigt, im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Als wichtiger Grund gelten insbesondere die in § 6 Abs. 5 VOL/A 2009 genannten Aspekte sowie schwerwiegende Verstöße in der Umsetzung der Inhalte dieser Leistungsbeschreibung. Für den Fall, dass der/die Auftragnehmer/in den geforderten Berichtspflichten, der Unterbreitung von Vermittlungsvorschlägen und der umfassenden Unterstützung im Bewerbungsprozess nicht nachkommt, kann der Auftraggeber nach vorheriger Mahnung innerhalb einer angemessenen Frist ebenfalls mit sofortiger Wirkung kündigen.

§ 16 Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten

Im Rahmen Durchführung des Auftrags können arbeitsmarktpolitische Instrumente wie ein betriebliches Praktikum nur nach Zustimmung des zuständigen Fallmanagements und Eingliederungszuschüsse nur nach Prüfung und

Bewilligung durch den Arbeitgeber Personalservice des KreisJobCenters Marburg-Biedenkopf eingesetzt werden. Gleiches gilt für die Besonderen Fördermöglichkeiten für die Einstellung von schwerbehinderten SGB II-Berechtigten. Dem/der Auftragnehmer/in ist dabei nicht gestattet, eigenständige Zusagen über betriebliche Praktika und Eingliederungszuschüsse zu tätigen. Die Zustimmung zum Einsatz vorgenannter Instrumente durch das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf ist obligatorisch.

§ 17 Besondere Vertragsbedingungen infolge der Corona-Pandemie

Abweichend von den vorstehenden Regelungen gilt:

- (1) Eine Maßnahme kann im Einvernehmen von Auftragnehmer und Auftraggeber aufgrund der Corona-Pandemie um bis zu 6 Monate verschoben werden. Die Verschiebung bedarf der Schriftform.
- (2) Der Maßnahmebeginnstermin im Rahmen einer Optionsziehung kann analog der Regelungen in Abs. 1 verschoben werden.
- (3) Eine Maßnahme kann im Einvernehmen von Auftragnehmer und Auftraggeber aufgrund der Corona-Pandemie vor Maßnahmebeginn im Rahmen eines Aufhebungsvertrages aufgehoben werden.
- (4) Neben notwendiger Nachholung und Komprimierung von Maßnahmeinhalten können in Phasen der Unterbrechung der physischen Durchführung der Maßnahme aufgrund der Corona Pandemie alternative Durchführungsformen, insbesondere digitale Lernformen wie bspw. e-Learning, Videotelefonie, virtuelles Klassenzimmer herangezogen werden, um den Teilnehmenden eine ortsunabhängige Kommunikation und Lernmöglichkeit zu bieten.

Die Leistungserbringung in alternativer Durchführungsform bedarf der Zustimmung des Auftraggebers, muss zielgruppengerecht und datenschutzkonform sein sowie den Maßnahmeinhalt im Wesentlichen abdecken und die Erreichung des Maßnahmeziels gewährleisten können. Eingesetzte digitale Lernformen sollen allgemein verbreitet, dem Stand der Technik entsprechen und Kompetenzen von Lernenden und Lehrenden nicht übersteigen.

Folgende Maßnahmen sind grundsätzlich von der alternativen Durchführungsform ausgeschlossen:

- Maßnahmen, bei denen ein Kofinanzierungserfordernis vorliegt und eine Zustimmung des anderen Leistungsträgers zur Durchführung als alternative Lernform nicht vorliegt.
- Praktika nach § 16i Absatz 5 SGB II

Auftragnehmer, die Maßnahmen/Maßnahmeteile in alternativer Form durchführen wollen, übersenden dem Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Fachbereich Integration und Arbeit, KreisJobCenter per E-Mail den ausgefüllten Erklärungsvordruck (aktuelles Dokument erhalten sie vom Auftraggeber) in dem sie

- die Einhaltung der aufgestellten Rahmenbedingungen bei gleichbleibender Vergütung versichern,
- dies mit einer Beschreibung der Maßnahmeumsetzung in alternativer Form plausibel machen und
- sich zur Erbringung der Maßnahme in der ursprünglich vereinbarten Form verpflichten, sobald dies durch Verordnungen die Kontakt- und Betriebsbeschränkungen regeln, wieder erlaubt ist.

Der Fachbereich Integration und Arbeit, KreisJobCenter teilt dem Auftragnehmer in Textform nach § 126b BGB mit, ob einer Leistungserbringung in alternativer Durchführungsform zugestimmt wird. Mit Zugang der Einverständniserklärung beim Auftragnehmer ist diese Vertragsänderung – abweichend von dem im Übrigen für Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages geltenden Schriftformerfordernis – wirksam zwischen den Parteien vereinbart. Die Wirksamkeit der Vertragsänderung entfällt, sobald die Erbringung der Maßnahme in der ursprünglich vereinbarten Form wieder erlaubt ist. Wenn die Agentur für Arbeit / die gemeinsame Einrichtung die alternative Durchführung abgelehnt hat, darf die Maßnahme nicht in alternativer Form durchgeführt werden.

§ 18 Ergänzung zu den datenschutzrechtlichen Regelungen in § 7 des Vertrages im Hinblick auf eine alternative Maßnahmedurchführung infolge der Corona Pandemie

(1) Die Teilnehmenden sind darüber zu informieren, dass im Rahmen der alternativen Maßnahmedurchführung ggf. Daten gespeichert werden. Ihnen ist auf Verlangen Einsicht in alle sie betreffenden Unterlagen zu gewähren. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Rechte der Teilnehmer aus Art. 13 bis 22 DSGVO auf Auskunft, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von personenbezogenen Daten gewahrt werden. Für die Auskunftserteilung, die sich auf die alternative Umsetzung bezieht, ist der Träger zuständig. Entsprechendes gilt für die Berichtigung und Löschung von Daten. Im Übrigen besteht die Verpflichtung, den Auftraggeber bei der Erfüllung der Betroffenenrechte zu unterstützen.

Daten sind zu löschen, wenn sie für die Aufgabenerledigung nicht erforderlich sind. Dies bedeutet für die Speicherung von Lernverläufen und/oder Videoaufnahmen (z.B. Skype), dass sie unmittelbar nach Beendigung der Kommunikation zu löschen sind. Im Übrigen dürfen alle weiteren verarbeiteten Daten solange gespeichert werden, wie sie für eine ordnungsgemäße Rechnungslegung gegenüber dem Auftraggeber erforderlich sind (z.B. Teilnahmenachweis). Abschließend bleiben die ggf. vertraglich vereinbarten Löschfristen erhalten.

(2) Die Einhaltung der Regelungen der DSGVO und der übrigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch den Auftragnehmer ist sicherzustellen. Im Rahmen der alternativen Maßnahmedurchführung können sich – abweichend zu bisherigen Vertragsklauseln – unterschiedliche Meldepflichten ergeben. Stellt der Auftragnehmer fest, dass personenbezogene Daten oder Sozialdaten unrechtmäßig übermittelt wurden oder auf sonstige Weise Dritten unrechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind (z.B. durch Diebstahl von Hardware) oder haben von ihm eingesetzte Personen gegen Datenschutzvorschriften oder die vertraglich festgelegten Datenschutzmaßnahmen verstoßen, hat er dies unverzüglich nach Bekanntwerden, spätestens jedoch innerhalb von 48 Stunden nach Bekanntwerden, der Datenschutzbeauftragten der Bundesagentur für Arbeit (Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg) mitzuteilen.

§ 19 Schlussregelung

Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarung, die mit dem Zuschlag zustande kommen, bedürfen der Schriftform, mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Sollte eine der vorgenannten Bestimmungen unwirksam sein oder undurchführbar sein oder werden, vereinbaren die Parteien bereits jetzt, die unwirksame oder undurchführbare Vorschrift durch eine zu ersetzen, die dem Sinn dieser Vereinbarung am nächsten kommt und rechtswirksam oder durchführbar ist. Es wird die Anwendung deutschen Rechts vereinbart.